

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 06.03.2008
Sitzung Nummer:	50 (KVPA/50)
Sitzungsdauer:	15:32 - 17:34 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1-2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jörg Hellmuth
Vorsitzende/r

Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Jörg Hellmuth

Vorsitz KVPA und FHLA

Mitglieder

Ralf Berlin

FHLA (beratendes Mitglied im KVPA)

Wolfgang Kühnel

KVPA (in Vertretung für Herrn Stern im FHLA)

Katrin Kunert

FHLA

Dr. Rudolf Opitz

FHLA (in Vertretung für Herrn Schlaak im KVPA)

Wolfgang Peller

KVPA

Günter Rettig

KVPA

Detlef Schattke

FHLA

Eduard Stapel

KVPA

Dr. Volker Stephan

FHLA

Eike Trumpf

KVPA

Peter Zimmermann

FHLA

Protokollführer

Gabriela Grimm

von der Verwaltung

Doraliese Möhlmann

AL Verwaltungssteuerung

Annemarie Theil

1. Beigeordnete

Angela Vogel

Leiter Büro Landrat

Abwesend:

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und des FHLA sowie der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 49. Sitzung des KVPA am 24. 01. 2008
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 29. Sitzung des FHLA am 17. 01. 2008
- 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 380

- 5.1 Antrag der SPD-Fraktion - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, hier: Winckelmann-Museum Stendal - freier Eintritt für Schulklassen
Vorlage: 380/1
- 6 Finanzierung des Managements der Lokalen Aktionsgruppen/LEADER für die Förderperiode 2007 - 2013
Vorlage: 389
- 7 Beteiligungsbericht 2007 des Landkreises Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2006 - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 392
- 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Hellmuth, eröffnet 15.32 Uhr die 50. Sitzung des KVPA und begrüßt die Anwesenden.

Er gibt den Hinweis auf die Sitzung des KVPA mit dem FHLA in der nächsten Woche zur Thematik angestrebtes Klageverfahren zum FAG. Hier wird der Beauftragte des Landkreistages seine Empfehlungen und Ergebnisse für eine mögliche Verfassungsklage vorlegen.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und des FHLA sowie der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur gemeinsamen Sitzung des KVPA mit dem FHLA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 22. 02. 2008,
- der KVPA und der FHLA sind beschlussfähig; es sind 7 Mitglieder des KVPA und 8 Mitglieder des FHLA anwesend (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste),
- die Tagesordnung.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 49. Sitzung des KVPA am 24. 01. 2008

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift; der Landrat stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 49. Sitzung des KVPA am 24. 01. 2008 fest.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 29. Sitzung des FHLA am 17. 01. 2008

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift; der Landrat stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 29. Sitzung des FHLA am 17. 01. 2008 fest.

**zu TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der
Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 380**

Der Landrat geht auf das heute übergebene Papier der Veränderungen des Haushaltes ein und bemerkt u. a., dass das Ziel ist, den Vermögenshaushalt um 200 T€ zu reduzieren.

Zur Festsetzung der Kreisumlage wird der Hebesatz des Jahres 2007 angesetzt. Es war auch die Aussage im Vorgespräch des Beauftragten des Landkreistages, Herrn Albers, mit einer Herabsenkung des Hebesatzes heranzugehen, da es ansonsten schwierig wird, vor dem Landesverfassungsgericht zu bestehen.

Wir haben uns noch einmal sehr intensiv mit der Problematik KdU beschäftigt und haben Analysen etc. durchgeführt. Wir werden in den nächsten 14 Tagen unser turnusmäßiges Gespräch mit den Wohnungsbaugesellschaften, den Hauptvermietern, durchführen, die eine Erhöhung der Grundmieten wollen. Bei der Analyse hat sich schon ergeben, dass wir bei der Grundmiete am unteren Level sind. Wenn man 30 Cent auf alle m² nimmt, würde das 1,9 Mio. € mehr kosten. Das ist nicht zu finanzieren. Wir haben uns gedacht, durch Absenkung der Bedarfsgemeinschaften unsere Planzahl zu halten. Das wäre das, was man vielleicht für die Erhöhung anbieten könnte, damit die Wohnungsbaugesellschaften auch wieder investieren können. Wir haben eine gute Lösung gefunden: Es gibt die Kulanzregelung, dass nicht jeder umziehen muss. Wenn jetzt aber einer umzieht, weil noch ein Kind dazu gekommen ist und er ein Kinderzimmer benötigt, würden wir mit den Wohnungsbaugesellschaften vereinbaren wollen, dass er dann diese 20 % mehr bekommt – also für die Zukunft. Er fällt dann aus der Kulanzregelung heraus bzw. steht nicht unter diesem Kulanzgeschäft. Wir kämen dann vielleicht durch diese Regelung mit einer Mehrausgabe von 300 – 400 T€ hin, die durch die Verringerung der Bedarfsgemeinschaften refinanziert wird.

Durch Frau Möhlmann werden nun die heute übergebenen Veränderungen des Haushaltes erläutert:

- Die Festsetzung der Kreisumlage erfolgt mit einem Hebesatz von 45,22 % auf die Bemessungsgrundlage.
- Erläutert werden die Ausgaben hinsichtlich der Zinsen für den Kassenkredit.
- Aus dem Ergebnis der Jahresrechnung 2007 ist erkennbar, dass die Kosten der Unterkunft in 2007 tatsächlich mit 34,8 Mio. € in Anspruch genommen sind. Über die möglichen Förderprogramme (Kommunal-Kombi-Programm) sollte es gelingen, weitere Bedarfsgemeinschaften aus dem Bezug des Arbeitslosengeldes II und damit auch der Kosten der Unterkunft herauszulösen. Aufgrund dessen sind wir zu der Einschätzung gekommen, dass der Bedarf 2008 nicht mit 35,1 Mio. € festzusetzen wäre, sondern auch mit 34,5 Mio. € durchaus eine reale Basis finden könnte.
- Die aufgeführten Veränderungen führen dazu, dass das bisher vorhandene strukturelle Defizit von 9,8 Mio. € auf rund 7,98 Mio. € gemindert werden kann.
- Erläutert wird die Fortschreibung der Finanzplanung des Verwaltungshaushaltes auf der Grundlage der weiteren Konsolidierungsmöglichkeiten in den verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten bis zum Jahre 2016.
- Erläutert werden die Zuschüsse des Verwaltungshaushaltes an Dritte.

Zum Vermögenshaushalt:

- Die Stadt Stendal kann sich in der Finanzierung zum Abriss der Sekundarschule Süd mit einer finanziellen Beteiligung von 108 T€ beim Aufwand von 120 T€ im Jahre 2008 nicht wie geplant beteiligen. Diese Maßnahme ist auf das Jahr 2010 festgelegt.
- Eine mögliche Veränderung wären die 30 T€ Mehrausgabe für die Trockenlegung der Räume im Hildebrand-Gymnasium.

- Zu beurteilen bleiben die tatsächlich möglichen Mittel, die der Landkreis evtl. aufbringen müsste, wenn die Schulbauförderrichtlinie zum Jahresende mit einem Zuwendungsbescheid greift. Das würden dann noch einmal reine Planungsleistungen sein.

Abschließend bemerkt Frau Möhlmann, dass in der gemeinsamen Sitzung des KVPA und des FHLA in der nächsten Woche der abschließende überarbeitete Vermögenshaushalt vorgelegt werden kann mit der Bedingung, dass der im Moment noch zu veranschlagende Kreditbedarf von 1,2 Mio. um einiges unterschritten wird.

Der Landrat informiert, dass der Landkreis im Rahmen des Kommunal-Kombi-Programms eine größere Maßnahme an den Schulen plane. Das Schulverwaltungsamt ist bzgl. der Schulversorgung an uns herangetreten. Sie Anbieter sehen Probleme, die Essenausgabe zu realisieren. Wir versuchen, für jede Schule wenigstens eine Stelle zu schaffen, die sich mit der Problematik Essenausgabe, Vorbereitung, Nachbereitung und Betreuung beschäftigt, sodass die Preise nicht erhöht werden brauchen und dort, wo keine Versorgung stattfindet, eine Versorgung stattfindet, weil der Anbieter es sonst nicht hätte realisieren können. Wir wollen einen Komplex beantragen in einer Größenordnung zwischen 15 und 20 T€ Geplant ist es für unsere Sekundar- und LB-Schulen.

Herr Berlin gibt hinsichtlich der Senkung der Ausgaben des Vermögenshaushaltes zu bedenken, dass das Landesverwaltungsamt sowieso wieder Streichungen vornehmen wird. Man sollte intern betrachten, was man wegnehmen kann. Hier sollte man vorsichtig sein.

Bezüglich des Schulbauförderprogramms äußert Herr Berlin, dass irgendwann im Land entschieden wird, wie die Richtlinie wirklich aussieht. Zur Zeit sind es nur Entwürfe. Wir waren uns einig, welche Schulen bei uns Priorität haben. Ich finde es deshalb nicht gut, wenn die 1. Beigeordnete in der Zeitung schon andere Prioritäten festlegt, ohne dass ein Ausschuss oder der Kreistag dazu befragt worden ist. Das hat bei anderen Schulen und Kommunen Missmut hervorgebracht.

Der Landrat erklärt, dass dem Kreistag eine Prioritätenliste der gemeindlichen Schulen des Landkreises vorgelegt wird mit der Priorität 1 Sekundarschule Havelberg und Priorität 2 die Sekundarschule Osterburg. Entscheiden wird aber der Kreistag.

Herr Berlin will zur Kombi-Lohnförderung Schulspeisung auf etwas hinweisen: Der Landrat hatte gesagt, dass es nur für die Schulen des Landkreises gilt. Er bemerkt, dass bei ihm an der Schule der Essenanbieter seine Kraft hat. Er möchte nicht, dass durch das Kombi-Lohnmodell Leute eingestellt werden und die vorhandene Kraft dann entlassen wird.

Frau Kunert und Herr Rettig sprechen ebenfalls das Kommunal-Kombi-Programm an. Es wurde gesagt, man rechnet mit 150 €KdU-Einsparungen. Man ist mit sehr hohen Zahlen in der Einsparung heran gegangen. Es sollte noch einmal durch das Sozialamt berechnet werden. Es besteht die Problematik, dass die Einsparungen nicht erzielt werden können.

Herr Rettig spricht das Personal der ARGE an und möchte, dass irgendwann hier im KVPA darüber gesprochen wird, wie es ab 2010 mit dem Personal der ARGE dann weitergeht.

Herr Zimmermann erklärt, dass er bei den Kosten der Unterkunft das Gefühl der Unwissenheit hat. Ich bin nicht im ARGE-Beirat. Ich fühle mich uninformiert. Wenn man Anfragen aus der Bevölkerung über konkrete Dinge bekommt, kann man kaum Auskunft geben. Als Kreistagsmitglied wünsche ich mehr Mitsprachemöglichkeit, auch was die Richtlinie des Landkreises betrifft. Ich erhalte sie noch nicht einmal zur Kenntnis. Ich fühle mich da nicht richtig eingebunden, obwohl wir als Kreistag Verantwortung dafür tragen.

Der Landrat geht davon aus, dass es im Fachausschuss für Soziales relativ intensiv und regelmäßig thematisiert wurde.

Herr Rettig sagt dazu, nur wenn wir es einfordern. Wir haben diese Richtlinie zur Bemessung der Kosten der Unterkunft niemals erhalten.

Der Landrat unterbreitet den Vorschlag, das Thema Kosten der Unterkunft nach Beschlussfassung des Haushaltes im Frühsommer im FHLA zu thematisieren. Es liegen dann auch die Gesprächsergebnisse mit den Wohnungsbaugesellschaften vor bzw. andere Regularien, die momentan auf dem Prüfstand stehen.

Zum Antrag Winckelmann-Museum hat der Landrat folgenden Vorschlag: Es wurde in der Haushaltsstelle Zuschüsse für die Schullandheime der Haushaltsansatz um rund 3 T€ erhöht. Wir wollen es so händeln wie bei den Schullandheimen, wenn ein Kind aus unserem Landkreis in das Museum geht, erhält das Museum dann einen gewissen Zuschuss, was den Eintritt sozusagen kompensiert. Damit wollen wir, so wie bei den Schullandheimen, einen gewissen Anreiz geben und nicht einfach einen Pauschalzuschuss. Die Schullandheime haben in den letzten Jahren damit sehr gut gearbeitet. Wir schauen es uns ein Jahr lang an, was diesbezüglich für Erfahrungen gesammelt werden.

Nach der Beschlussfassung des Haushaltes sollte sich der Schulausschuss im Frühjahr einmal hinsetzen, um die entsprechenden Modalitäten zu beraten und einen Vorschlag zu unterbreiten. Ein Jahr lang sollte es Probelaufen.

Herr Kühnel erklärt, dass die CDU-Fraktion mit dem Vorschlag der Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes leben kann. Uns ist durch die Verwaltung plausibel dargelegt worden, dass diese Erhöhung bis zur Grenze des möglichen verantwortbar ist; es ist der Steuerkraft angemessen.

Bei den Positionen in der Freiwilligkeit haben wir Zuschüsse, die wir jedes Jahr leisten. Wir stellen keine freiwilligen Leistungen in Frage, aber wir wollen Änderungen hinsichtlich des Eigenanteils anstreben, die vielleicht durch die Gesellschaften überdacht werden sollen. Der Gesellschaftervertrag der Arbeitsförderungsgesellschaft sieht einen Beitrag von 100 T€ vor. Es soll geprüft werden, inwieweit die Gesellschaft in der Lage ist, diesen Beitrag zu reduzieren.

Dann sind wir sehr aktiv für unseren Tourismus. Wir wollen auch diese 150 T€ Beitrag nicht grundsätzlich in Frage stellen, weil wir ja Gesellschafter sind. Man sollte aber hier mit den Partnern sprechen, ob man nicht die Leistung auf breitere Schultern verteilen kann. Das sollte geprüft werden.

Herr Rettig spricht die Fraktionsgelder an. Ab dem neuen Kreistag im Jahr 2009 ist im Konsolidierungsprogramm eine Reduzierung der Fraktionsgelder vorgesehen. Dieses sollte auf den derzeitigen Stand wieder geändert werden.

Frau Möhlmann erklärt dazu, man sei davon ausgegangen, dass auch künftig darüber abgestimmt wird, dass 10 % weniger Fraktionsgelder gezahlt werden und es so gehandelt wird wie in 2007.

Herr Kühnel äußert, dass gesagt worden ist, wir lassen die Summe x und entscheiden jedes Jahr, ob wir in der Lage sind, 10 % oder mehr zu kürzen.

Der Landrat erklärt, dass die Zahl wieder auf 34.800 € hochgenommen wird.

Herr Peller erklärt bzgl. des Vorschlages des Landrates zum Winckelmann-Museum – freier Eintritt für Schulklassen -, dass der Vorschlag akzeptabel ist. Darum bin ich auch bereit, den Antrag der SPD-Fraktion zurückzuziehen. Der Antrag ist gegenstandslos, wenn er auf diese Weise zur Erfüllung gelangt.

Eines möchte ich aber dennoch sagen: Ich halte es nach wie vor notwendig, die Gebührenordnung für diesen Flugplatz zu überprüfen. Es ist einfach zu pauschal, wie dort verfahren wird. Der kommerzielle Flugverkehr ist nicht gleichzusetzen mit dem, was der Sport dort für Anteile hat. Leute, die zu wirtschaftlichen Zwecken diesen Flugplatz nutzen, wären durchaus in der Lage, mehr als 6 € Parkgebühren zu zahlen. Das bezahlen wir schon in der Stadt für ein Auto. Ich bitte darum, diesen Gedanken aufzunehmen, ihn zu prüfen und zu sehen, wie wir mit der Gebührenordnung umgehen können.

Der Landrat antwortet, dass man diesen Gedanken aufnehmen und ihn in der Gesellschafterversammlung diskutieren werde.

Herr Stapel hat eine Anregung bzw. Bitte um Prüfung: Es verfolgen ja sicher alle diese Energiediskussion. Der Staat ändert bisher nicht die Gesetze, sondern zahlt lieber. Und wir tun es ja mit über die Kosten der Unterkunft. 18 Milliarden € Gewinne haben die großen Konzerne. Das Kartellamt ist jetzt dran. Und sie sind ja nicht

umsonst dran. Offenbar ist hier auf nicht gesetzliche Weise bei den Leuten doch ganz schön abkassiert worden. Mein Vorschlag ist, bei den Kosten der Unterkunft die Betroffenen an die Hand zu nehmen und zu sagen, wir helfen dir, den Energieanbieter zu wechseln und bei Erhöhungen zu raten, Widerspruch einzulegen. Das muss aber gerichtsfest sein. Die Frage ist, ob wir das dürfen? Das müsste noch mal geprüft werden, vor allem, ob wir als Zahler des Ganzen den Leuten solche Empfehlung geben dürfen? Aber wir haben doch eine Menge Leute/Bedarfsgemeinschaften, wo wir das alles mitbezahlen. Warum sollen wir nicht den Leuten helfen, ihre Heizkosten zu reduzieren, sodass wir auch weniger bezahlen müssen. Mehr als 1 Mio. € werden es schon sein, die wir dann nicht mehr bezahlen müssen.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

Der Landrat fasst zum Abschluss der Diskussion zusammen, dass die vorgelegten Papiere mit den Vorschlägen und Veränderungen erst einmal allgemeine Zustimmung finden. Nächste Woche wird durch die Verwaltung das überarbeitete Papier zum Vermögenshaushalt vorgelegt werden.

zu TOP 5.1 Antrag der SPD-Fraktion - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, hier: Winkelmann-Museum Stendal - freier Eintritt für Schulklassen
Vorlage: 380/1

siehe hierzu Punkt 5. (Seite 5)

zu TOP 6 Finanzierung des Managements der Lokalen Aktionsgruppen/LEADER für die Förderperiode 2007 - 2013
Vorlage: 389

Der Landrat erläutert kurz die Vorlage.

Herr Peller geht auf das Ergänzungsblatt Nr. 1 ein und bemerkt, dass die Staffelung der 3 Gruppen nach Einwohnern nicht richtig dargestellt ist.

Der Landrat bemerkt, dass diesbezüglich eine Richtigstellung zum Kreistag erfolgt.

zu TOP 7 Beteiligungsbericht 2007 des Landkreises Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2006 - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 392

Der Landrat erklärt, dass man sich in einer der nächsten Sitzungen des FHLA intensiv mit der Thematik befassen werde.

Der KVPA und der FHLA nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Es bestehen keine Anfragen und Hinweise.